

# 40 JAHRE 'SCHLAGT UM GROHNDE' 1977 - 2017

# Kein Atomkraftwerk in Grohnde



in Grohnde

## und anderswo

Gewaltfreie Aktion Umweltschutz Grohnde

# DER 19. MÄRZ 1977 AM TAG DANACH

Die „bis dahin militanteste Großaktion der Bewegung“ hatte mehr als 800 z.T. erheblich verletzte Personen gefordert. Dutzende AKW-Gegnerinnen und Gegner waren festgenommen worden. Das Echo in der Politik sowie in der Presse auf den 19. März 1977 war verheerend.

Die Bild-Zeitung titelte: „Die Chaoten hatten Waffen für Millionen.“

Der Spiegel formulierte: Ein „böses Massaker“ sei es gewesen, das „bisher blutigste Gefecht“.

Aus der überregionalen bürgerlichen Presse wagte einzig Michael Holzach in der Wochenzeitung „Die Zeit“ unter der Überschrift „Grobe Klötze - grobe Keile“ kritische Sätze in Richtung Betreiber und Polizei:

„Ohne die provozierende Wirkung des erst in den letzten Wochen errichteten Festungszaunes wäre es zu dieser Schlacht nicht gekommen. Vor einem Monat, als auf der Atombaustelle Grohnde noch nicht Nato-Drahtverhaue, nicht gepanzerte Fahrzeuge postiert gewesen waren, hatten einige hundert Demonstranten das Gelände gewaltlos besetzt, hatten friedlich Blumen an ebenso friedliche Polizisten verteilt und waren wieder abgezogen.“

Je perfekter die Baustellen für Kernkraftwerke in unserem Land befestigt werden, desto wirksamer und auch gefährlicher werden die Sturmwerkzeuge der extremen Demonstranten. Der Prozeß des Aufschaukelns ist in vollem Gang. In Wyhl gab es nie einen Zaun, und nie flogen Steine. In Gorleben auf der Wiese weckte der Protest gegen das geplante Kraftwerk Erinnerungen an Woodstock und flower power. Erst die Festungen liefern den Extremisten ein Alibi, mit zum Teil lebensgefährlichen Instrumenten anzurücken.“

Ernst Albrecht (CDU), niedersächsischer Ministerpräsident, hatte die Konfrontation am Baugeände aus einem Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes heraus verfolgt. Er sprach von „nackter Gewalt und gewollter Brutalität“. Das Geschehen sei „militärisch geplant“ und lasse auf einen „geplanten Umsturz“ schließen (zitiert nach Süddeutsche Zeitung 21.3.1977).

Albrecht sah im 19. März „den Wendepunkt der Auseinandersetzungen um die Kernenergie“. Die brutale Schlacht am Weserufer soll nach dem Willen des Regierungschefs aber nicht beendet sein. Er will den zurückgeworfenen Angreifern nachsetzen, will sie endgültig zerschlagen. Der KBW sei zu verbieten, denn seine Mitglieder hätten sich als „brutale Verbrecher“ dekuivriert (zitiert nach Die Zeit 25.3.1977).

Bei der heimischen Deister- und Weserzeitung wurden die beiden Journalisten, die bisher für eine „unaggressive, freundliche, aber objektive Berichterstattung“ (Michael Jürdens) Sorge getragen hatten, von ihrer Aufgabe entbunden. Heinzfriedrich Müller, der Chefredakteur der Deister- und Weserzeitung, formulierte in einem Kommentar am 25. März 1977:

„Für demokratisch gewählte Gruppen zeichnen Vorstände verantwortlich. Der Weg durch demokratische Institutionen ist allerdings auch beschwerlicher als jener andere Weg für mache - möglicherweise - ‚Geltungsbedürftige‘, die ohne sich mühsam beweisen zu müssen, plötzlich glauben, mit dem Zauberwort ‚Bürgerinitiative‘ fordern, Pressekonferenzen einberufen und Erklärungen abgeben zu können. Viel zu leicht kommen dann auch die anderen zu Wort, die nicht unbedingt sagen, daß ihr Ziel die Zerstörung der verfassungsmäßigen Ordnung ist, aber die jetzt die Gelegenheit für günstig halten, ehrlichen Bürgerprotest für ihre Ziele einzuspinnen.“

Die heimischen Bürgerinitiativen erlebten den Tag als „Schock“. Frank Woltemate schrieb für die GAU Grohnde:

„Vorfälle wie am 19.3. sind in erster Linie dazu geeignet, die öffentliche Diskussion vom Thema Atomenergie abzulenken. Wir wollen Leben und Umwelt schützen. Jeder Verletzte in der Auseinandersetzung um Atomkraftwerke ist ein Verletzter zuviel. Unter dem ‚Schock‘ des 19.3. wollten wir zuerst resignieren. Das AKW aber wird weitergebaut. Deshalb muß unser Anliegen jetzt erst recht sein: Kein Atomkraftwerke in Grohnde und anderswo.“

Die „Hamelner Bürger gegen Atomkraft“ formulierten in einer Anzeige in der Dewezet (7. April 1977):

„Wir distanzieren uns ausdrücklich gegen Demonstranten, die Gewalt angewendet haben. Wir erheben Protest gegen Übergriffe der Polizei. Mitbürger, lassen Sie sich aufrufen zum gewaltlosen Widerstand gegen Atomkraftwerke!“

Die Einheit der heimischen Bürgerinitiativen zerbrach. Insbesondere die Bürgerinitiativen von Bodenwerder (Harold Marks) und Kirchhohnsen/Grohnde (Karl Heinz Gerstenberger) kritisierten Werner Schirr, den Chef der Pymonter Gruppe im „Weltbund zum Schutz des Lebens“. Er versuche die heimischen Bürgerinitiativen zu spalten und zu bevormunden.

Der Kampf gegen „Grohnde“ ging weiter. Am 7. April forderten die „Hamelner Bürger gegen Atomkraft“ die Menschen in der Dewezet dazu auf, „friedlich mit ihren Familien zum KKW-Gelände nach Grohnde zu wandern“.

## Zerbricht die Bürgerinitiative an „mangelnder Solidarität“?

Vorwürfe gegen Gruppe im „Weltbund zum Schutz des Lebens“

MJ HESSEN/CLAND. Zerbricht die ohnehin „angekackete“ Einheit der Bürgerinitiativen gegen das Atomkraftwerk (AKW) Grohnde im Weserbergland jetzt an mangelnder Solidarität? Diesen Vorwurf muß sich jetzt Werner Schirr, Chef der Pymonter Gruppe im „Weltbund zum Schutz des Lebens“ (WSL), gefallen lassen. Gefallen lassen von seinen Mitstreitern zumal aus Bodenwerder. Herr Schirr hat sich unstillbar besonders gegenüber der Bürgerinitiative Hameln und der Initiative gegen Atomkraftwerke Bad Pyrmont geäußert. Schirr zur Dewezet: „Dieser Vorwurf muß ich zurückweisen.“

Fortschreitend an der jüngsten Entwicklung immer. Auch die Gruppe Kirchhohnsen/Grohnde will Konsolidierung der Bürgerinitiativen (BI) im Oberweser-Gebiet querschnittlich aus der aktuellen Entwicklung ziehen. Karl ist wohl, daß der nassauische Apertur, Schirr spielte die

Initiative gegen Atomkraftwerke Bad Pyrmont, die Hamelner Gruppe hielt sich mit ihrer Forderung nach einer Demonstration am Gelände an dem mit großer Mehrheit gefaßten Beschluß der Regionalkonferenz in Kirchhohnsen. Ober beide Äußerungen hatten die Deister- und Weserzeitung berichtet.

Um so härter trifft Werner Schirr jetzt die Position der Gruppe Bodenwerder. Harold Marks, Mitglied der Initiative in der kleinen Wesersiedlung. Wir entziehen Herrn Schirr die Erlaubnis, in Zukunft für alle Bürgerinitiativen im Weserbergland zu sprechen. Solche scharfe Töne waren für den Pymonter aus dieser Richtung bislang ungewohnt.

Marks weiter: „Herrn Schirr Verhalten ist unstillbar richtig gegenüber der BI Hameln und der Initiative Pyrmont“. Dies sei umso schwerwiegender, als daß Solidarität die Grundlage von Bürgerinitiativen und Herr Schirr Verhalten abträglich für die Bürgerbewegung insgesamt ist.“

## MICHAEL JÜRDENS, HAMELN

Die regionale Medienlage vor und nach der Demo vom 19. März 1977

Die bürgerlichen Medien in Deutschland waren seit den 1970-er Jahren in übergroßer Mehrzahl - von einigen linksliberalen Tagesszeitungen wie der „Frankfurter Rundschau“ abgesehen - der Antiatom-Bewegung gegenüber sehr kritisch bis deutlich feindlich eingestellt. Gleiches galt gerade für das strukturkonservative Niedersachsen und den Landkreis Hameln-Pyrmont. Für die Deister- und Weser-Zeitung (Dewezet), seit 1975 Monopolblatt in Hameln, galt das allemal. Verleger (CDU) und Chefredakteur (FDP) waren strikt in den vermeintlichen „common sense“ - Stromerzeugung durch Atomkernspaltung ist gut - eingebunden, sowohl persönlich, parteipolitisch als auch strukturell gesellschaftlich. Die Leitung der NDR-Fernsehredaktion im Funkhaus Hannover wurde nach 1976 (Wahl Albrechts zum Ministerpräsidenten) strikt CDU-ausgerichtet und damit gleichfalls deutlich pro Atom und kontra Widerstand. Anders der NDR-Hörfunk aus Hannover: Die Radiomacherinnen und -macher gaben den Bürgerinitiativen und politischen Gegnern der Atomenergie stets etwa gleichen Raum in ihrer Berichterstattung.

In Hameln wurde die Dewezet-Berichterstattung (getragen im wesentlichen durch zwei Lokalredakteure) mit der fortschreitenden Entwicklung des künftigen Atomkraftwerks ab 1976 zunehmend kritischer. Es gab - auch gegen den stetigen Widerstand des Chefredakteurs - Berichte über Anti-AKW-Initiativen, Regional Konferenzen, Anhörungen, Demonstrationen. Schon nach einer kleinen Demonstration im Dezember 1976 in der Hamelner Altstadt hatte ein damals leitender Beamter der Kreisverwaltung einen der Redakteure als angeblichen Rädelsführer bei Polizei und Arbeitgeber zu denunzieren versucht.

Nach einer kurzfristigen erfolgreichen Besetzung des Grohnder AKW-Bauplatzes am 19. Februar 1977 berichtete die Dewezet auf der Titelseite und ganzseitig im Lokalteil über dieses Ereignis in wort (Überschrift: „Die tausend knackten den Zaun“) und Bild. Es war dies der taktisch-strategische Test für die geplante Großdemonstration einen Monat später.

Die unaggressive, freundliche, aber objektive Berichterstattung der Zeitung über die Bauplatz-Besetzung hatte allerdings Folgen. Gleich am Erscheinungstag wurden die Redakteure mit dem polizeilichen Vorwurf des Hausfriedensbruchs konfrontiert. Weil sie sich mit den Demonstranten im Zuge ihrer journalistischen Arbeit während der Besetzung auf dem Bauplatz befunden hatten, hatte die Preußenlektura als Bauherrin mit Strafanzeige gedroht. Die Anzeige wurde zwar letztendlich fallengelassen - war aber Anlass für den Verleger, den Journalisten die Berichterstattung über die Großdemonstration am 19. März zu untersagen.

Schon vor der Demonstration, aber auch in den Tagen und Wochen danach wurden die beiden Dewezet-Redakteure immer wieder mit Vorgängen unterschiedlichster Art befasst. Mal waren es Bespitzelungen und Überwachungen durch den polizeilichen Staatsschutz, mal waren sie Gegenstand von Erörterungen im Innenausschuss des Niedersächsischen Landtags auf Initiative der damaligen Landesregierung und des Emmerthaler Bürgermeisters, Landrats und Landtagsabgeordneten Fritz Saacke (CDU), mal waren es - alles mündete immer wieder in weiteren Einschränkungen ihrer journalistischen Arbeit. Dabei war der Druck auf allen Ebenen massiv und nachhaltig. Die Folge: Einer der Journalisten wechselte drei Monate später seinen Arbeitsplatz, der zweite widmete sich anderen Aufgaben.

66

Dewezet vom 1. April 1977

## Bürger gegen Atomkraftwerk

### In Grohnde wird weitergebaut!

Trotz des Wyhler Urteils, trotz des Baustopps in Brokdrup, trotz der eingereichten Klagen, trotz 15 000 überzierend friedlicher Demonstranten am 19. März!

Wir distanzieren uns ausdrücklich von Demonstranten, die Gewalt angewendet haben. Wir erheben Protest gegen Übergriffe der Polizei.

**MITBÜRGER**, lassen Sie sich aufrufen zum gewaltlosen Widerstand gegen **ATOMKRAFTWERKE!**

Dr. Alpers, H. J.	Hahlbrock, Gertraud	Reuter, Johann
Apporlin, Gerd	Dr. Hademann, Almut	Riel, Ch.
Apporlin, Josef	Hademann, Walter	Schaper, Dietrich
v. Bernstorff, Heide	Herzberg, Gerd	Schmidt, Hermann J.
Böhm, Anke	Herzberg, Hans	Schmidt, Rainer
Bretzke, Eckard	Hoppa, Magnus	Schmidt, Ulrike
Brunotte, Adelheid	Dr. Kater, Hermann	Schoormann, Jürgen
Buchwitz, Elsa	Dr. Kater, Juliana	Schoormann, Monika
Danmann, Jürgen	Kipp, Rosamaria	Schulz, Hilfried
Doormann, Jürgen	Klages, Hans-Jürgen	Steiniger, Eberhard
Dörries, Hans-Wilhelm	Klages, Siegrid	Steiniger, R.
Dörries, Lore	Kramer, Edith	Thomsen, Franz
Dunze, Gerhard	Krause-Seiffert, Elisabeth	Todt, Käta
Dunze, Waltraut	Kulenkampff, Elisabeth	Truchseß, Hanne Frfr.
Egger, Ingrid	Kulenkampff, Hellmut	Truchseß, Wolfrhart F.
Eggert, Ulrich	Kuhl, Christa	Uponter, Joschim
Filthuth, Hilke B.	Kuhl, Hans-Dieter	Upmeyer, Ulrike
Fleming, Irene	Luth, Franziska	Verghin, Peter
Frohman, Gerhard	Matthias, S. M.	Vogel, Brigitte
Frohmann, Renate	Meier, Regina	Wandelt, Heinz
Garbe, Christoph	Menzel, Regine	Wandelt, Ingeborg
Garbe, Gudrun	Moser, Hedwig	Wahmann, Otto
Garbe, Martin	Moser, Jörg	Winkler, Hans-Carsten
Genzel, Waltraud	Plate, Hannelore	Winkler, Heidrun
Haase, Christina	Plate, Johannes	Wolf, Elisabeth

Wer im Sinne dieses Aufrufs gegen den Bau des KKW Grohnde ist, wende sich an: **Heidrun Winkler, Tilsiter Straße 4, 3250 Hameln 1**

Anzeige der Hamelner Bürgerinitiative gegen Atomkraft in der Dewezet vom 7. April 1977